

REVOLUTIONÄRE INITIATIVE RUHRGEBIET

Die Zukunftsdebatte der IG Metall und die Praxis bei Thyssenkrupp



Ein Beitrag der *was tun bei Thyssenkrupp Steel*
zum Gewerkschaftstag der IG Metall

	Seite
Einleitung	2
Der Totengräber von Thyssenkrupp	5
Die anti-chinesische Karte	7
Gegen Klimaschutz nach Brüssel	8
IG Metall spaltet den Kampf gegen die Fusion	11
IGM-Aufsichtsräte entscheiden für Fusion mit Tata	12
EU sagt NEIN zur Fusion	15
Acht Jahre in die falsche Richtung marschiert	17
IG Metall unterstützt Putsch der Finanzhaie	19
Mit Stasimethoden gegen Oppositionelle	20
Thyssenkrupp rüstet Nahen Osten auf	22
Gewerkschaftsbürokratie ohne Kapitalismuskritik	24
Ist die IG Metall-Führung rassistisch?	26
Beispiel einer basisdemokratischen Gewerkschaft	28
Veränderung beginnt mit Opposition	29
Enteignen statt entlassen!	31
Chronik	32

„Die Richtung stimmt“ nicht!

Der vorliegende Diskussionsbeitrag geht nicht auf die Antragslage der IG Metall ein, sondern auf ihre Praxis am Beispiel von Thyssenkrupp und Thyssenkrupp-Steel. Wir zeigen auf, welche katastrophale Politik die IG Metall-Führung in einer ihrer betrieblichen Hochburgen macht.

Die Praxis steht völlig im Widerspruch zu den Worten des IGM-Vorsitzenden Hofmann über die IG Metall und den Gewerkschaftstag als „Motor des Fortschritts“. Wie das Beispiel Thyssenkrupp zeigt, kann von „wirksamer Gegenmacht“¹ keine Rede sein.

Die Gewerkschaftspolitik der Sozialpartnerschaft geht in eine falsche Richtung. Eine klare Bilanz des eigenen Versagens ist dringend nötig, um ein radikales Umsteuern zu bewirken. Unser Text versteht sich als Aufforderung an die Mitglieder und Vertrauensleute, eine kritische Bilanz der IG Metall auch in anderen Betrieben, Konzernen und Bereichen zu ziehen. Die Führung der IGM ist dazu unfähig.

Über das Beispiel Thyssenkrupp hinaus, möchten wir drei allgemeine Anmerkungen zur Politik der IG Metall machen:

Digitale Revolution:

Der IGM-Gewerkschaftstag vom 6. bis 12. Oktober 2019 hat sich mit dem „zentralen Thema (...) Gestaltung der Transformation“ viel zu wenig vorgenommen. Vor 50 Jahren wäre damit die Transformation der kapitalistischen Marktwirtschaft in eine nichtkapitalistische Gesellschaft gemeint gewesen. Heute geht es nur noch um die Ausgestaltung der sog. digitalen Revolution innerhalb des Kapitalismus.

Dabei wird die Digitalisierung vor allem als technische Herausforderung begriffen, die sozial gestaltet werden muss, um die sozialen Standards der Lohnabhängigen und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhalten. Die Möglichkeiten, die die Digitalisierung bietet, um eine völlig andere, neue, nicht-kapitalistische und ökologische Gesellschaft zu schaffen, werden aus der Debatte ausgeklammert.

Die Digitalisierung wird als Lawine dargestellt, die die Lohnabhängigen zu überrollen droht und nicht als eine bewusste Offensive des Kapitals, um fehlende Fachkräfte zu ersetzen. Für die Führung der IG Metall ist Digitalisierung nicht Teil des Klassenkampfes von oben, dem der Klassenkampf von unten entgegengesetzt werden soll, sondern eine gemeinsam mit den Kapitalisten schiedlich, friedlich zu bewältigende Aufgabe.

Fachkräftemangel

2011 ging die Bundesregierung für das Jahr 2025 von einem Rückgang des Erwerbspersonenpotentials um 6,5 Millionen aus. Dabei handele es sich besonders um Fachkräfte². Das Institut Prognos errechnete für 2030 eine Fachkräftelücke von 4,6 Millionen³. Nach weiteren Untersuchungen und ersten Gegenmaßnahmen ist der Fachkräfteschwund nicht ganz so dramatisch⁴, bleibt aber bestehen.

Der Fachkräftemangel stellt die ArbeiterInnenklasse u.a. vor folgenden Probleme:

- ⇒ hartnäckigster Widerstand der Kapitalisten gegen jede Arbeitszeitverkürzung;
- ⇒ massiver Druck der Kapitalisten zur Ableistung von Überstunden;
- ⇒ massiver Druck der Kapitalisten auf Verkürzung der Krankenzeiten;
- ⇒ drohende weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters durch die Bundesregierung;

2-BMAS, Fachkräftesicherung, Berlin 2011, S. 10.

3-Bundesagentur für Arbeit, Perspektive 2025. Fachkräfte für Deutschland, Nürnberg 2011, S. 8.

4-BMAS, Arbeitsmarkt 2030, Die Bedeutung der Zuwanderung für Beschäftigung und Wachstum, München 2014, S. 9.

- ⇒ Arbeitsangebote der Kapitalisten für RentnerInnen. Druck auf niedrige Rentenerhöhungen, um RentnerInnen zur Arbeit zu zwingen. Das alte, neue Motto des Kapitals und seiner Regierung heißt: Leben, um zu arbeiten!

Wenn absehbar Millionen Fachkräfte fehlen und *zusätzlich* die von den Kapitalisten benötigte *industrielle Reservearmee* fehlt, eröffnen sich für die ArbeiterInnenklasse auch neue Möglichkeiten:

- ⇒ Durchsetzung massiver Lohn- und Gehaltserhöhungen;
- ⇒ Einrichtung betrieblicher Kindergärten und Sozialeinrichtungen;
- ⇒ Neubau werkseigener Siedlungen.

Die IG Metall-Führung will jedoch *nicht mit den Lohnabhängigen* in Kämpfen *maximale Lohnerhöhungen* herausholen. Sie zielt nur auf das *Minimum*, welches angeblich nicht den „Standort Deutschland“ gefährdet. Das ist für die IG Metall-Führung nur auf dem Weg der Verhandlungen zu erreichen, wobei sie als Mittlerin zwischen Kapital und LohnarbeiterInnen eine zentrale Rolle beansprucht.

Einheit der ArbeiterInnenklasse

Im Bundesland Thüringen liegt das Lohnniveau (79,7 %) rund 20,3 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. In Mecklenburg-Vorpommern mit 75,4 % bekommen Fach- und Führungskräfte ca. ein Viertel weniger als im bundesweiten Durchschnitt⁵. Eine gewerkschaftliche Studie kommt für Sachsen auf 18,2 % Lohndifferenz zu Westdeutschland. Während im Nachbarland Tschechien 46 % der KollegInnen tariflich gebunden sind, sind es in Sachsen noch 15 %.

Zur sächsischen Metall- und Elektroindustrie gehören 1.700 Unternehmen mit 181.000 Beschäftigten. Die Branche beschäftigt jeden 10. Lohnabhängigen, während in anderen ostdeutschen Bundesländern nur jeder 20. Lohnabhängiger dort arbeitet. Aber nur ein Drittel der KollegInnen in der sächsischen Metall- und Elektroindustrie unterliegt der Tarifbindung (36 %).

Dafür haben die sächsischen Metallkapitalisten einen zweiten, nicht tarifgebundenen Verband gegründet. Die Tarifbindung in westdeutschen Metallbetrieben ist mit 66 % doppelt so hoch⁶.

30 Jahre nach der Deutschen Einheit ist es der IG Metall nicht gelungen, die Arbeiterklasse in ostdeutschen Metallbetrieben auf das Tarifniveau der westdeutschen zu bringen. Kein Wunder, dass sich viele ostdeutsche Lohnabhängige grundsätzlich benachteiligt sehen. Auch von der IG Metall fühlen sie sich im Stich gelassen. Längst richten viele ihre Hoffnungen nicht auf die Gewerkschaften, sondern auf die AfD.

Wir sehen die tarifpolitische Einheit nicht als ein ostdeutsches Problem, sondern als eine Aufgabe der ganzen ArbeiterInnenklasse an. Die IGM-Führung ist unfähig, dieses Problem zu erfassen, weil sie ihre eigene soziale Frage längst gelöst hat. Nur exemplarische Streiks („Einzelabschlachtung“), die von Solidaritätskampagnen in der ganzen west- und ostdeutschen Metallindustrie begleitet werden, können hier eine Änderung schaffen. Organizing hat den Trend zur abnehmenden Organisierung nur begleitet und läuft den Gewerkschaftsaustritten, der mangelnden Tarifbindung und der abnehmenden Vertretung durch Betriebsräte hinterher.

Der Totengräber von Thyssenkrupp

Mit dem Start des Vorstandsvorsitzenden Hiesinger und seines neuen Finanzchefs Kerkhoff Anfang 2011 stellte sich zuerst die Frage nach deren unternehmerischen Zielen. Die markigen Sprüche von 15% Gewinnvorgabe für die verschiedenen Sparten legten vor allem eines nahe: Stahl sollte bei Thyssenkrupp (TK) ausgesondert werden. Für Hiesinger war TK „kein Stahlkonzern mehr“⁷. Mit dem herausragenden Wissen der Techniker und Ingenieure⁸ argumentierend, wollten die Vorstände Hiesinger/Kerkhoff/Burkhard⁹ weg vom Stahl, hin zum Technologiekon-

6-WSI, Tarifverträge und Tarifflicht in Sachsen, in: HBS-Study, Nr. 19, Düsseldorf 2019.

7- WSJ 20.11.14.

8 - SZ 22./23.11.14.

9- Der ehemalige IGM-Bezirksleiter Oliver Burkhard gehört seit 2013 als Arbeitsdirektor dem Vorstand des Konzerns Thyssenkrupp an.

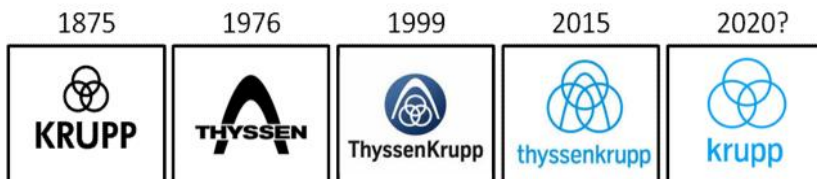
zern. Nur in den angeblichen High-Tech-Bereichen glaubten sie, 15% Profit zu erreichen. Für sie war Stahl nicht High-Tech – und weg damit!

Um die ungeliebte Branche loszuwerden, peilten Hiesinger/Kerkhoff/Burkhard, „Zusammenschlüsse europäischer Stahlhersteller“¹⁰ an. Die Konsequenz hieß Fusion mit abnehmender Minderheitsbeteiligung.

Hiesingers Ankündigung wurde schon damals als Kampfansage erkannt: „In die Unternehmensgeschichte von ThyssenKrupp wird Hiesinger als Totengräber eingehen“¹¹.

Ohne vorherige Grundsatzentscheidung im Strategieausschuss des paritätisch mitbestimmten Konzernaufsichtsrates konnten Hiesinger/Kerkhoff/Burkhard nicht auf den Technologiekonzern zusteuern. Sicherlich hatten die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat vor ihrer Zustimmung zum Richtungswechsel Rücksprache mit der IG Metall-Führung gehalten. Aber der Aufschrei gegen den Stahlausstieg blieb aus.

Warum blockierten nicht Betriebsrat und IG Metall die Grundsatzentscheidung des TK-Vorstandes gegen Stahl? Die logische Konsequenz war: IG Metall-NRW, Ortsverwaltung Duisburg, IGM-Betriebsräte und Vertrauenskörperleitung (VKL) taten fast alles, um den Ball in Sachen Fusion flach zu halten.



Der Stahlbogen verschwindet (Was tun bei TKS 09.12.15)

10 - WSJ 20.11.14.

11 - Der Totengräber von Thyssenkrupp, in: Was tun bei Thyssenkrupp Steel, Nr. 4, Duisburg 10.12.2014.

Die anti-chinesische Karte

Als der damalige SPD-Wirtschaftsminister von NRW, Duin, am 2. März 2016 zur Betriebsversammlung ins größte Werk von Thyssenkrupp Steel nach Hamborn-Beeckerwerth eingeladen wurde, prangerte er die übermächtige chinesische Konkurrenz auf dem Weltstahlmarkt an. Duin spielte sich als Verteidiger eines „fairen Wettbewerbs“ auf. Er forderte die EU vor den Stahlkochern auf, „den Chinesen“ „klare Kante“ zu zeigen.

Wie Herr Duin „klare Kante“ zeigte, zeigte seine Rede vom 8.06.2016, als er in Düsseldorf den Gouverneur von Sichuan, Yin Li, empfing. Der Wirtschaftsminister, der versucht hatte, die Stahlkocher gegen ihre chinesischen KollegInnen aufzuhetzen, kroch in alle „ranghohen“ Hintern, die eine chinesische Wirtschaftsdelegation zu bieten hatte.

Die Propaganda der Stahlindustriellen gegen den Import von China-Stahl nach Europa fand dankend Nachahmer. In einem Flyer zog die IG Metall gegen den „staatlich subventionierten Billigstahl aus China“ zu Felde. Originalton IGM: „Das bedroht die freie Marktwirtschaft“. Was sollte das für eine freie Marktwirtschaft sein, in der die Stahlindustriellen staatliche Eingriffe d. h. weitere Schutzzölle gegen Stahlimporte aus China forderten? Was war, wenn China umgekehrt Einfuhrbeschränkungen erlassen hätte? Nicht nur TK-Elevator und TK Industrial Solutions, sondern die deutsche und europäische Wirtschaft sehen den Markt der Zukunft in China. Schutzzölle waren ein Rückgriff auf die protektionistische Politik Otto von Bismarcks vom Ende des 19. Jahrhunderts. Schutzzollpolitik ist reaktionär, weil sie die kapitalistische Konkurrenz zum Wirtschaftskrieg verschärft und darauf hinausläuft, die ArbeiterInnen der EU gegen die in China zu stellen. Früher hatten wir in Sprockhövel gelernt: Eine 'freie Marktwirtschaft' kann es im Zeitalter der Monopole und Trusts nicht geben. Jede Kartellabsprache von TK, ob bei Bandstahl/Halbzeugen für Autos, Schienen, Edelstahl oder Rolltreppen, belegt aufs Neue diese alte marxistische Einsicht.

Auf dem kapitalistischen Weltmarkt konkurrieren keine Staaten, sondern multinationale Konzerne.

Weltweit Nr. 1 im Stahlgeschäft war und ist der indisch-luxemburgische Konzern ArcelorMittal mit einer Produktion von 97 Mio. Tonnen Stahl im Jahr 2015. Der zweitgrößte Stahlerzeuger Hesteel produzierte nur halb so viel. Damit richtete sich die angestrebte Fusion von Thyssenkrupp mit Tata Steel nicht gegen „Stahl aus China“, sondern gegen ArcelorMittal.



Hätte auch von der AfD sein können.

Gegen Klimaschutz nach Brüssel

Während in der Chefetage im Essener TK-Hauptquartier nach einem Fusionspartner Ausschau gehalten und Fusionspläne ausgearbeitet wurden, sollte das Dauerthema Emissionshandel die Stahlarbeiter ablenken. Anfang 2016 machten die Stahlindustriellen gegen die Verschärfung des EU-Emissionshandels (ab 2020!) mobil. Konnte man einem Konzern in Umweltfragen trauen, der die SteuerzahlerInnen durch Kartellabsprachen und Bestechung um viele Millionen Euro betrogen hatte?

Nach einer Studie des Ökoinstituts in Freiburg/Berlin hatte die deutsche Eisen- und Stahlindustrie zwischen 2005 - 2012 von der EU kostenlose Emissionsberechtigungen im Wert von 5,32

Milliarden Euro zugeteilt bekommen. In diesem Zeitraum hatte das „Integrierte Hüttenwerk Duisburg“ von Thyssenkrupp von der EU-Kommission fast doppelt so viele Verschmutzungsrechte bekommen, wie es tatsächlich an CO₂ ausgestoßen hatte. Thyssenkrupp bekam kostenlos CO₂- Zertifikate für 2,5 Mrd. Euro, Salzgitter für 1,195 Mrd. € und ArcelorMittal für 1,152 Mrd. €. Da die kostenlose Zuteilung über den bestätigten Emissionen lag, konnte die Stahlindustrie Zertifikate von 763 Mio. Euro weiter verkaufen, die sie von der EU geschenkt bekommen hatte und nicht benötigt wurden. Thyssenkrupp machte durch die geschenkten Zertifikate zwischen 2005 - 2012 Extra-Profite von 335 Mio. Euro, Salzgitter von 181,5 Mio. Euro und ArcelorMittal von 246,8 Mio. Euro¹².

Während EU-Gelder flossen, stieg der CO₂-Ausstoß einiger Hüttenwerke bei Thyssenkrupp an (siehe Tabelle). Die Gelder der EU wurden also nicht zur Senkung des CO₂-Ausstoßes investiert, sondern wahrscheinlich zur Schönung der klammen Konzernbilanz. Bis heute hat kein Aktionär und kein Manager offen gelegt, wo die 335 Mio. Euro Extraprofit der EU geblieben sind – auch kein Betriebsrat und kein IG Metall-Funktionär.

Für die Fortsetzung dieser klimafeindlichen Politik mobilisierte die IG Metall die Stahlkocher am 11.04.2016 vor Tor 1. Am 9. November 2016 ging es Arm in Arm mit Managern zum Protest gegen schärfere EU-Auflagen nach Brüssel. Etwa 5000 Stahlarbeiter sollen in Brüssel demonstriert haben. Im Vorfeld behauptete der Duisburger 1. IGM-Bevollmächtigte Lieske: „Es könne nicht sein, dass die deutschen Stahlwerke als die im weltweiten Vergleich saubersten noch mit zusätzlichen Kosten belastet würden¹³“. Dabei spucken allein die Stahlwerke von Thyssenkrupp-Steel jährlich 21 Mio. Tonnen CO₂ aus.

Thyssenkrupp Steel zahlte den an den Aktionen beteiligten Kolleginnen die Ausfallzeit. Für den TK-Vorstand um Hiesinger/Kerkhoff/Burkhard war das ein reines Ablenkungsmanöver. In der Zwischenzeit wurde die Fusion mit Tata-Steel Europe aufs Gleis gesetzt.

12- Öko-Institut, Die Zusatzgewinne ausgewählter Branchen und Unternehmen durch den EU-Emissionshandel, Berlin/Freiburg 2014.

13- WAZ 10.10.16.

Der Protest der Belegschaft wurde bewusst in die falsche Richtung gelenkt. Die Ausgliederung des Stahlbereichs aus dem TK-Konzern und die Fusion sollten möglichst ohne Widerstand ablaufen.

Nach dem Scheitern der Fusion mit Tata-Steel stellte sich 2019 heraus, dass Thyssenkrupp ein CO₂-armes Verfahren der Stahlproduktion auf Wasserstoffbasis erforscht, das den CO₂-Gehalt um 80 % senken soll. Das Verfahren wäre vollkommen unnötig, wenn das Märchen der IG Metall-Führung vom „weltweit saubersten Stahl“ stimmen würde.

Da Hiesinger, Kerkhoff und IGM-Burkhard acht Jahre auf eine „Zukunft ohne Stahl“ setzten, brauchten sie keine Investitionen in neue Technologien bei TK-Steel. Statt sich frühzeitig für CO₂-armen Stahl stark zu machen, wurde gegen die Auflagen der EU gewettert. Statt umfangreich in diese Zukunftstechnologie zu investieren und den TKS-Ingenieuren freie Hand zu lassen, wurde für die Extraprofite der Stahlkapitalisten mobilisiert.

Die IG Metall hätte die Lügen der Stahlkapitalisten aufdecken können. Auf der Kundgebung am 11. April 2016 hätte ein Ingenieur die TeilnehmerInnen aufklären können, dass es technologische Möglichkeiten zur Produktion von CO₂-armem Stahl gibt und dieser für die Zukunft der Menschheit notwendig ist. Doch das Gegenteil war der Fall. Die IG Metall hat mitgelogen. Ohne Fridays for Future und die Auflagen der EU hätte es kein Umdenken zur CO₂-Reduzierung gegeben.

Verifizierte CO ₂ -Emissionen			
	Hüttenwerk	Kokerei	
	TKS	Schwelgern	HKM
2005	7741698 t	1709014 t	4566405 t
2014	7952211 t	2070677 t	4666233 t

Die Datenbank der EU mit den bestätigten CO₂-Emissionen ist öffentlich zugänglich: <http://ec.europa.eu/>

IG Metall spaltet den Kampf gegen die Fusion

2016 berichtete die Wirtschaftspresse fast täglich über die anstehende Fusion von Thyssenkrupp Steel und über die Ausgliederung des Stahlbereichs aus dem Konzern. Die KollegInnen bekamen ihre Informationen von den bürgerlichen Medien geliefert. Niemand wird behaupten, dass es in einem Konzern mit paritätisch mitbestimmtem Aufsichtsrat und einem IG Metall-Mitglied im TK-Vorstand keine Möglichkeiten gab, die Kollegen „rechtzeitig und umfassend“ über den „Zusammenschluss mit anderen Betrieben oder die Spaltung von Betrieben“ zu unterrichten. „Rechtzeitig“ hieß im Stadium der Planung und nicht, als der TK-Vorstand bereits Gespräche mit anderen Konzernen führte.

Obwohl Mitte 2016 die Gespräche mit Tata-Steel seit über einem halben Jahr liefen, war der damals von der CDA-dominierte Betriebsrat unfähig oder nicht Willens, das Informationsrecht nach Betriebsverfassungsgesetz durchzusetzen. Im April 2017 berichteten die Medien über Fusionsgespräche zwischen Thyssenkrupp Steel und Tata-Steel Europe. Zwei Jahre lang erfuhren die Stahlkocher von solchen Leuchten der Gewerkschaftsbewegung wie dem früheren Vorsitzenden der IG Metall und Aufsichtsratsmitglied bei TK-Steel, Detlef Wetzel, und ´ihrem` Kollegen Arbeitsdirektor Burkhard so gut wie nichts über die Fusion.

Am 3. Mai 2017 demonstrierten 7.500 KollegInnen vor TKS Duisburg-Hüttenheim gegen das Fusions- und Kahlschlagprogramm des Konzern-Vorstands. Sie wollten wissen: Was ist mit der Fusion mit TataSteel? Was ist mit der Ausgliederung des Stahlbereichs aus dem Konzern? Was ist mit dem 500-Mio.-Euro Sparprogramm? Was ist mit Standortschließungen? Was ist mit dem Abbau von Arbeitsplätzen?

Sie kamen aus Bochum, Dortmund, dem Saarland, von Arcelor-Mittal aus Bremen und anderswo. Von der anderen Straßenseite, vom Hüttenwerk Krupp Mannesmann, waren es nur ein paar Schritte zur Kundgebung. Doch von dort kamen nur die Auszubildenden und die Vertrauensleute. Die Masse der KollegInnen fehlte.

Bei HKM sollten 600 Arbeitsplätze vernichtet werden. HKM gehört zu 50 % der TK-Steel. War nicht Klaus Löllgen 1. stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat von HKM? Und war Löllgen nicht in der IGM-Bezirksleitung NRW verantwortlich für den Stahlbereich? Ohne die Mobilisierung von HKM war die Kritik verschiedener IGM-Redner an Hiesingers Salamtaktik bloßes Geschwätz.

Bei HKM trafen Betriebsrat und IG Metall mit der Unternehmensleitung ein separates Abkommen. Es sah u.a. die Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 32 Stunden d.h. Einkommensverlust von 2,25 Stundenlöhnen pro Woche vor. Dafür verzichtete die Unternehmensleitung auf betriebsbedingte Kündigungen bis 2025. Doch Arbeitsplätze sollten verschwinden, weil mit 1 Mio. Tonnen weniger Stahl geplant wurde.

Damit hatten Hiesinger/Kerkhoff/Burkhard den Kampf aller gegen Fusion und Ausgliederung erfolgreich gespalten. Denn die KollegInnen von HKM nahmen nicht daran teil.

Ähnlich versuchten TK und Tata, die Metallgewerkschaften und Belegschaftsvertreter in Deutschland, Wales und Holland gegen einander auszuspielen. Die Konzernchefs beschlossen nicht nur die Fusion. Sie setzen auf Einzelverhandlungen Land für Land. TK und Tata waren sich einig und stark. Sie hatten leichtes Spiel. Denn ihnen standen zersplitterte Gewerkschaften und Belegschaftsvertretungen gegenüber. Die IGM-Führung war für die Spaltung des Kampfes mitverantwortlich! Sie machte schlimmste Standortpolitik.

IGM-Aufsichtsräte beschließen Fusion mit Tata

Ijmuiden, Mittwoch den 20.12.17: Begeistert empfangen 3.500 KollegInnen auf ihrer Betriebsversammlung bei Tata-Steel eine Delegation von TKS Hamborn-Beeckerwerth. „Fusion – Nein, Danke!“ war das gemeinsame Motto. Das war ein super Auftakt für einen gemeinsamen Kampf. Bis dahin hatte die Gewerkschaft FNV keine Verhandlungen mit Tata-Steel geführt.



TKS-Delegation in Ijmuiden

Duisburg, Donnerstag den 21.12.2017, „Seit heute Abend gibt es ein Verhandlungsergebnis“, meldete die IG Metall. Während also die TKS-Delegation in Ijmuiden auf der Bühne gegen die Fusion protestierte, handelten die IGM-Gewerkschaftsfunktionäre ein Separat-Abkommen mit dem TK-Vorstand aus. Damit fielen Wetzel, Burkhard & Co. dem gemeinsamen Kampf gegen Fusion und Ausgliederung in den Rücken. Die Spaltungspolitik der TK- und Tata-Vorstände ging voll auf.

Wie hatte es vorher auf einer Betriebsversammlung in der Duisburger Mercator-Halle geheißen: 'Das ist nur eine Arbeitsgruppe von IGM und Vorstand Burkhard. Verhandelt wird nicht'. Hiesinger solle ein „Angebot“ vorlegen. Aber wer hatte die IG Metall beauftragt, den Stahlkochern das „Angebot“ als Ergebnis zu präsentieren? Gefühlte 95 % der Stahlkocher von Thyssenkrupp und Tata waren gegen die Fusion. Doch alle damit befassten führenden IGM-Funktionäre fielen um und waren von nun ab für die Fusion.

IGM und Betriebsräte arbeiteten einen „Tarifvertrag Zukunft Stahl“ (TVZS) aus. Bis 2026 sollte es keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Aber es sollten 400 Arbeitsplätze in Ijmuiden und 2000 bei Thyssenkrupp Steel vernichtet werden.

Die Zentrale des neuen Stahlkonzerns sollte in den Niederlanden sein. Verschwiegen wurde zu diesem Zeitpunkt, dass das Stahlwerk Ijmuiden mit eigenem Aufsichtsrat und Management weitgehend unabhängig bleiben sollte. Auch Forschung und Entwicklung sollten in Ijmuiden konzentriert werden. Die dortigen Gewinne sollten bei Tata Ijmuiden bleiben.

In Huckingen wurde auf einer Betriebsversammlung das Verhandlungsergebnis in einer Abstimmung mit grünen Karten gebilligt, nachdem es nur Pro-Einleitungen gegeben hatte. In Hamborn-Beeckerwerth stimmte nur eine Minderheit für den „Tarifvertrag Zukunft Stahl“. Von 12.240 KollegInnen waren 75 % in der IG Metall organisiert (= 9180 KollegInnen WAZ 26.01.18). 9674 KollegInnen durften abstimmen. Etwa 494 KollegInnen sind vor der Abstimmung in die IG Metall eingetreten.

Von 9674 IGM-Mitgliedern boykottierten 3728 (= 38,5 %) die Abstimmung. 783 stimmten mit „NEIN“. Damit lehnten 4511 IGM-Mitglieder den TVZS ab! Für den Tarifvertrag Zukunft Stahl stimmten 5.155 KollegInnen mit „JA“. Das war bei 12.240 Abstimmungsberechtigten eine Minderheit von 42,1%! Eine Mehrheit von 57,9% der KollegInnen lehnte den TVZS ab. Aber wer nicht in der IG Metall war, dessen Stimme und Meinung zählte für die Ortsverwaltung nicht. Sie errechnete eine große Mehrheit für den TVZS. Die IGM-Betriebsratsliste vermieden eine Betriebsversammlung zur vorherigen Diskussion des Tarifvertrags. Den KritikerInnen sollte vor der Abstimmung kein Forum geboten werden.

Beim fusionierten ThyTata sollte Tata schnellstmöglich die Aktienmehrheit übernehmen. Dafür sollte das fusionierte Stahlunternehmen an die Börse geht. „Theoretisch könnte Thyssen-Krupp sein Paket auf ein Prozent abschmelzen“¹⁴. Genau das war der Plan von Hiesinger/Kerkhoff/Burkhard.

Finanzhaie besaßen etwa 32 Prozent der Aktien von Thyssenkrupp: Cevian 18%, Harris 5,05%, Elliott 3,00%, BlackRock 3,06%, Franklin 2,98%. Der Finanzkapitalist CEVIAN wollte durch die Umwandlung des Stahlkonzerns in einen Industriekonzern

weitere Ausgliederungen erreichen. Für die Filetierung von Industriekonzernen war CEVIAN als „Schlächter“ bekannt¹⁵. Lars Förberg von CEVIAN forderte von Pfäffikon aus am Zürichsee mehrfach die Zerschlagung von Thyssenkrupp¹⁶. Der TK-Vorstand kam den Finanzkapitalisten entgegen. Nach TKS sollten auch der Stahlhandel und die restlichen E-Stahlwerke weg.

Die Unterzeichnung des Joint Ventures durch Thyssenkrupp und Tata-Steel am 30.06.18 fand bei der Bourgeoisie breite Zustimmung. Für Fusion waren der Mehrheitsaktionär Krupp-Stiftung, die Landesregierung CDU-FDP, der Ruhrbischof und der Duisburger Oberbürgermeister. Dabei war sonnenklar: 500 Mio. Euro jährliche Einsparungen waren nur durch Arbeitsplatzabbau und Anlagenschließung zu erreichen.

Die IG Metall hatte über eine mögliche Fusion geschrieben: „Ein solches Vorhaben können die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat nicht verhindern - trotz Montanmitbestimmung. Notfalls zieht der Aufsichtsratsvorsitzende den Joker, sein Doppelstimmrecht“¹⁷. Doch von den 20 Aufsichtsräten stimmten nur 8 Vertreter der Kapitaleseite für Fusion. 2 Kapitalvertreter stimmten dagegen¹⁸. Nach anderen Informationen sollen bei einer Enthaltung nur 7 Kapitalvertreter für die Fusion, 2 dagegen gewesen sein. Mit anderen Worten: Da die 10 „Arbeitnehmervertreter“ im Aufsichtsrat alle für die Fusion stimmten, gaben sie den Ausschlag bei der Abstimmung! Die IG Metall hätte die Fusion verhindern können.

EU sagt NEIN zur Fusion

Mit der Fusion wurde die Aufspaltung von Thyssenkrupp in TK Materials AG und TK Industrials AG beschlossen. Hiermit kam man den Finanzhaien entgegen. Nach dem Abgang des Vorstandsvorsitzenden Hiesinger hatte sein Nachfolger Kerkhoff vor dem Düsseldorfer Industrie-Club zur Aufspaltung getötet:

15- Blick 03.10.16.

16- Handelsblatt 20.04.18.

17- IGM-Aktionsinfo Nr. 6 vom 29.06.2018.

18- Handelsblatt 01.07.2018.

„Beide Projekte sind vollkommen unabhängig voneinander und für sich umzusetzen (...) Sollte ein Joint Venture – rein fiktiv – nicht stattfinden, ist das für die Machbarkeit der Teilung kein Problem“¹⁹.

Vordergründig kam das Stahl-Joint-Venture mit Tata Steel nicht zustande, weil selbst die kapitalistische EU-Kommission Bedenken gegen die Monopolbildung hatte. Die Fusion mit Tata scheiterte jedoch vorher am Absturz der Thyssenkrupp-Aktie. Kapitalisten verzeihen nicht, wenn sich der Börsenwert halbiert.

Die EU untersagte die Fusion mit Tata. Und der TK-Vorstand, der seine Strategien wechselte, wie andere Leute ihre Hemden, hatte für Stahl keinen Plan B in der Tasche. Mit dem NEIN der EU-Kommission stand auch die IG Metall nackt dar. Einen Plan B hatte sie ebenfalls nicht. Weil er 6000 Arbeitsplätze abbauen will, bestand Arbeitsdirektor Oliver Burkhard auf betriebsbedingte Kündigungen. Auf die Schnelle wurde vereinbart : „Betriebsbedingte Kündigungen wollen wir vermeiden, sind aber in Ausnahmen (ultima ratio) möglich“²⁰. Der TK-Oberaufsichtsrat der IG Metall, Grolms, stimmte den Plänen Kerkhoffs umgehend zu.

Grolms sah den „Umbau“ als „unvermeidbar“ an: „Das wird ein schwerer, aber leider notwendiger Weg für das Unternehmen und die Beschäftigten“. Nur nicht für Grolms. „Die Arbeitnehmer sind bereit, dafür Schmerzen zu ertragen“²¹. Nur nicht Grolms. Ihn treffen Arbeitsplatzverlust und Werksschließungen nicht.

Nicht die IG Metall-Aufsichtsräte und IGM-Betriebsräte begannen die Fusion kritisch zu hinterfragen, sondern die neue Vorsitzende des Aufsichtsrates Frau Merz: Fusion und Aufspaltung hätten 500 Mio. Euro Einsparungen gebracht, aber eine Milliarde Euro gekostet²². Und das war den IGM-Aufsichtsräten, der Betriebsratspitze, der Ortsverwaltung Duisburg, der IGM-Bezirksleitung NRW und ihren Gutachtern nicht vorher aufgefallen?

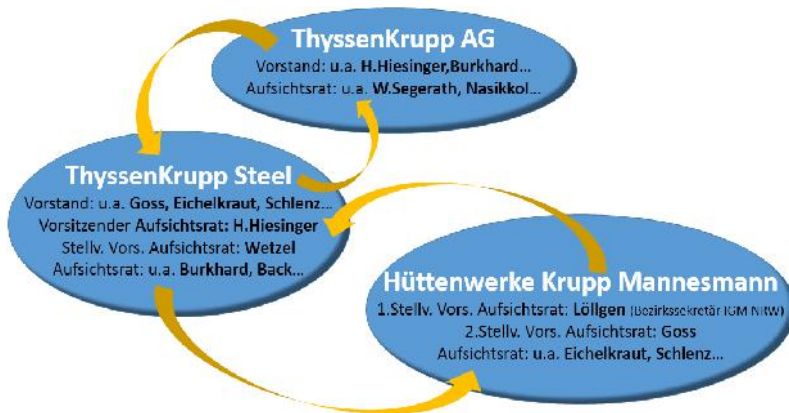
19- WAZ 28.02.19.

20- RP 12.05.19.

21- MM 12.05.19

22- WZ 09.05.19

Zusammensetzung der Aufsichtsräte bei TK, TKS und HKM 2017:



Acht Jahre in die falsche Richtung marschiert

Nach dem Scheitern der Fusion hieß es: Stahl soll wieder Kerngeschäft des Konzerns werden. Das war zunächst ein Schuldeingeständnis. Unter Hiesinger/Kerkhoff/Burkhard und unter dem Druck der Finanzkapitalisten war Thyssenkrupp acht Jahre lang in die falsche Richtung marschiert. Hiesinger/Kerkhoff/Burkhard bauten acht Jahre lang am Industriekonzern d.h. am Stahlausstieg. Wieviel Millionen Euro wurden in acht Jahren Hiesinger/Kerkhoff/Burkhard für Beraterfirmen versenkt? Wieviel Mio. Euro kosteten in acht Jahren Hiesinger/Kerkhoff/Burkhard die Geschäftsführer und Prokuristen in 460 Thyssenkrupp-Unternehmen? Wieviel Mio. Euro mussten in acht Jahren Hiesinger/Kerkhoff/Burkhard für Kartell-Strafen bezahlt werden? Wieviel Mio. Euro kosteten Planung und Vorbereitung der Fusion mit Tata? Wieviel Mio. Euro kosteten acht Jahre Ausstieg aus dem Stahl und Kerkhoffs ständige Strategiewechsel? Auf eine Antwort auf diese Fragen warten die Stahlkocher bis heute. Für die Medien und für die Öffentlichkeit sprach Vorstand Kerkhoff 2019 von der „strategischen Neuausrichtung“ von Thyssenkrupp: „der neu formierte Stahl-Vorstand unter der Leitung von Premal Desai arbeitet (...) mit Hochdruck an einem nachhaltigen,

strategischen Zukunftskonzept für den Stahl“²³. Eine Zukunftsstrategie für Stahl hatte Kerkhoff bis dahin nicht.

Der TK-Vorstand verpennte acht Jahre, eine CO₂-arme Stahlproduktion auf Wasserstoffbasis zu erforschen, zu entwickeln und aufzubauen. Ein solches strategisches Zukunftskonzept erfordert allein bei TK-Steel 10 Mrd. Euro Investitionen (A. Goss). Die hat Thyssenkrupp bisher nicht. Auch deshalb wollte Kerkhoff die Thyssenkrupp-Elevator, für die die Medien Summen von 15 bis 20 Milliarden Euro nennen, verkaufen.

Der TK-Vorstand der Nieten in Nadelstreifen ließ sich in acht Jahren nicht ein einziges Mal auf einer Betriebsversammlung im größten Werk Hamborn-Beckerwerth blicken, um dort den KollegInnen Rede und Antwort zu stehen. Ihr eigenes Versagen wagten Hiesinger/Kerkhoff/Burkhard, Krupp-Stiftung, Landesregierung und IG Metall-Führung nicht offen anzusprechen. Schuld waren und sind immer die anderen: die EU oder China.

Für den Marsch in die falsche Richtung wurden die TK-Vorstandsmitglieder fürstlich belohnt. In acht Jahren kosteten uns Hiesinger/Kerkhoff/Burkhard ohne Pensionen und Abfindungen mindestens 103 Mio. Euro. Dabei stimmten die IGM-Aufsichtsräte für die Einführung der gleitenden Lohnskala d.h. für die automatische Erhöhung der Vorstandsgehälter.

So wurde die automatische Steigerung der Vorstandsbezüge von 15.113.000 Mio. Euro auf 22.500.000 Mio. Euro jährlich beschlossen. Gehaltsteigerungen von 27 %, 47 % oder 67 % für Vorstände wurden im Konzernaufsichtsrat einstimmig bewilligt, während die KollegInnen Lohnverzicht üben mussten.

Warum fordern wir nicht solche Steigerungsraten und automatische Lohnerhöhungen in der Tarifrunde?

IG Metall unterstützt Putsch der Finanzhaie

Am 24. September 2019 wurde bekannt, dass Finanzhai CEVIAN (mit 18% an Thyssenkrupp beteiligt) den TK-Vorstandsvorsitzenden Kerkhoff weggeputscht hat. Kerkhoff hatte sich gegen den Komplett-Verkauf von TK-Aufzüge gestellt. CEVIAN will die Hälfte des möglichen Verkaufspreises von 18 Mrd. Euro als Sonderdividende an die Aktionäre ausschütten. Kerkhoff war dagegen, weil dann Thyssenkrupp von der Pleite bedroht ist²⁴. Der frühere TK-Finanzvorstand muss es ja wissen.

Die Aufsichtsratsvorsitzende Frau Martina Merz übernimmt nicht zufällig den TK-Vorstandsvorsitz von Kerkhoff. Die selbstständige Unternehmensberaterin ist damals „auf Druck des Finanzinvestoren Cevian“ Aufsichtsratsvorsitzende von Thyssenkrupp geworden. „Sie gilt als Liebling der Finanzinvestoren“²⁵.

Mit den eingeplanten 18 Milliarden Euro wollte Kerkhoff: 10 Milliarden für die Forschung, Entwicklung und Produktion von CO₂-armem Zukunftsstahl.

Milliarden für eine neue Fusion (mit Salzgitter?), um gegen die Stahlgiganten auf dem Weltmarkt zu konkurrieren.

Auf Kundgebungen bezeichnen IGM-Funktionäre die Finanzinvestoren gern als Insekten („Heuschrecken“). In der Praxis machte IG Metall-Grolms den Weg für CEVIAN und Frau Merz frei. Grolms stimmte als stellv. Vorsitzender des TK-Aufsichtsrates gegen Kerkhoff wegen „Erfolglosigkeit“. Und nicht, weil Kerkhoff 4000 Arbeitsplätze vernichten wollte. War Vorstand Burkhard (IGM) erfolgreicher als Kerkhoff?

Informationen über die Hintergründe solcher Entscheidungen suchen die KollegInnen vergeblich bei der IG Metall. Sie sind auf die Presse angewiesen. Dort kritisieren die Krupp-Nachfahren scharf die Passivität der Krupp-Stiftung (21% Beteiligung) bei der drohenden Zerschlagung von Thyssenkrupp durch CEVIAN. Wir haben Kerkhoff immer scharf kritisiert. Er plante 4000 bzw. 6000 Arbeitsplätze zu vernichten.

25- Spiegel Online 19.12.2018.

Ihm ist keine Träne nachzuweinen. Aber wie blind muss man sein, um den Weg für Finanzhai CEVIAN freizumachen? Nur die Demonstrationen und Streiks der Stahlkocher können die Zerschlagung und Pleite von Thyssenkrupp verhindern.

Mit Stasimethoden gegen Oppositionelle

Am Rande der Kundgebung am 3.05.2017 in Hüttenheim kam es zum Polizeieinsatz gegen DemonstrantInnen, die ein offenes Mikrophon benutzten. Unter den Angegriffenen waren zwei linke Mitglieder der VKL von Thyssenkrupp Steel aus Hamborn-Beeckerwerth und ein ehemaliger Betriebsrat von Krupp Rheinhhausen. Der 'Stahlkocher' der MLPD schrieb dazu: „Dieter Lieske, erster Bevollmächtigter der IG Metall und SPD-Ratsherr in Duisburg, passte in seinem Antikommunismus diese Richtung nicht. Er stiftete die Polizei zu einem rechtswidrigen Einsatz an, um die Solidaritätsdelegation der internationalistischen Liste/MLPD auszugrenzen“.

Dass ein 1. Bevollmächtigter der IG Metall die Polizei zu einem Einsatz u.a. gegen zwei Hamborner VKL-Mitglieder von Thyssenkrupp aufforderte, war schon ein Skandal für sich. Noch empörender war, dass Dieter Lieske versuchte, die Stasi-Methode der Einschüchterung in die Gewerkschaft einzuführen. Es handelte sich auch deshalb um Stasi-Methoden, weil Lieske versuchte, gewerkschaftspolitische Meinungsverschiedenheiten mit dem Polizeiknüppel auszutragen.





Bei der Betriebsratswahl 2018 bei Thyssenkrupp Steel in Hamborn-Beeckerwerth wurden die zwei Oppositionslisten 1 und 3 behindert. Mit einer massiven Kampagne wurden ihre Plakate zerstört und beschmiert, türkische und kurdische KandidatInnen als „Terroristen“ diffamiert.

Das war natürlich nicht auf die IG Metall zurückzuführen! Aber ein Kandidat der IG Metall-Liste 5 soll Fotos an viele türkische Kollegen gepostet haben. Sie sollen den Kollegen Binali Demir, Duisburger Stadtrat Die Linke und Spitzenkandidat der oppositionellen Liste 1 auf einer pro HDP-Demo und bei den Bochumer Stahlarbeiterprotesten mit MdB Die Linke Sevim Dadelen zeigen.

Erst daraufhin sollen Plakate der Liste 1 und 3 massiv zerstört worden sein. Der echte Held der IGM-Liste hatte die Zerstörung der Plakate anderen überlassen. Trotz großem Wahlrummel kam die IGM-Liste 5 nur auf 5.651 Stimmen (27 Mandate). Nicht einmal die Hälfte der Stahlkocher wählte IG Metall. Die beiden Oppositionslisten bekamen 6 Mandate (-3). Immerhin: Da die Listen 1 und 3 als „PKK“ bezeichnet wurden, wurden sie als bedeutende, radikale Opposition anerkannt. Darauf konnten sie stolz sein.

Thyssenkrupp rüstet Nahen Osten auf!

Bei einer Wirtschaftstagung in Halle wurde der damalige TK-Vorstandsvorsitzende Hiesinger aus Protest gegen den U-Boot-Export von Thyssenkrupp in die Türkei mit Farbbeuteln attackiert. Das hatte schwerwiegende Folgen: Sein Anzug wurde mit roter Farbe beschädigt! Kaum zu glauben: Deshalb ermittelte die Polizei wegen Sachbeschädigung. Sie ermittelte nie gegen Hiesinger wegen Lieferung von Rüstungsgütern in Spannungsgebiete.

Thyssenkrupp Marine Systems (TKMS) hieß früher Howaldtswerke Deutsche Werft (HDW) und gehörte bis 2002 zur Babcock AG. Auf der Kieler Werft wurden bisher fünf U-Boote für Israel gebaut. Ein weiteres liegt auf Kiel. Die BRD zahlte 450 Mio. Euro (100%) für die ersten beiden U-Boote und 112,5 Mio. Euro für die Tekuma (50%). Die drei U-Boote der Tanin-Klasse kosten uns Steuerzahlern 508 Mio. Euro (je 33 %). Oktober 2017 beschloss die Bundesregierung drei weitere U-Boote für Israel mit 33% zu subventionieren. Thyssenkrupp verdiente sich an den U-Booten eine goldene Nase. Unsere Steuergelder wanderten direkt in die Taschen der TK-Aktionäre. Bestechungsgelder für 3 U-Boote und 4 Korvetten²⁷ sollen „im großen Stil“ von Thyssenkrupp in das Umfeld der Regierung Netanjahu geflossen sein.

Die in Kiel gebauten U-Boote nutzt Israel als Atomwaffenträger. Schon vor Jahren berichtete die NRZ: „Israel hat von zwei aus Deutschland gelieferten U-Booten Marschflugkörper abgefeuert, die mit Atomraketen bestückt werden können... Die Tests (fanden) im Mai in der Nähe von Sri Lanka statt. Die Cruise Missiles hätten Ziele in 1500 Kilometer Entfernung getroffen“²⁸. Die U-Boote können aus übergroßen Torpedorohren 65 cm mit Atomsprengköpfen aufgerüstete SubHarpoon-Raketen unter Wasser abschießen. Solche Raketen könnten bald auf Irans Atomkraftwerke fallen.

US-Präsident Trump steht vor einem Angriff auf den Iran. Trumps Verbündete sind Israel, Saudi-Arabien ... Merkel und

27- die Zeit 21.11.17.

28- NRZ 19.06.2000.

Thyssenkrupp. So lange die USA den Atomvertrag mit dem Iran unterschrieben hatten, konnte Trump den Iran nicht angreifen. Deshalb hat er den Vertrag gekündigt. Weil aber die USA im Nahen Osten gegenüber dem Bündnis Russland-Türkei-Iran ins Hintertreffen geraten ist, will Trump gemeinsam mit Israel und Saudi-Arabien das Kräfteverhältnis ändern. Trumps Mittel: Krieg gegen den Iran!

Vor allem soll Israel, das den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat, die einzige regionale Atommacht im Nahen Osten bleiben. Dafür wollen die USA und Israel die Atomanlagen des Iran mit Cruise Missiles-Raketen zerstören. Eine atomare Verseuchung kalkuliert Trump mit ein. Sehr gut für die Gewinne der Aktionäre ist auch, wenn die Thyssenkrupp Marine Systems U-Boote an Israel und Ägypten, an die Türkei und Griechenland verkauft. Es war schon immer profitabler, beide Seite mit Waffen aufzurüsten.

Im TK-Werk Hüttenheim werden Stahlplatten für Kriegsschiffe und Panzer gemacht. Nicht weit vom Stahlstandort Duisburg produziert der Düsseldorfer Rüstungskonzern Rheinmetall die 12 cm Glattröhrkanone für den Leopard 2-Panzer. Mit ihm griff die türkische Armee völkerrechtswidrig Syrien und dort den kurdischen Kanton Afrin und jetzt ganz Rojava an. Als der Verantwortliche der was tun bei TKS den Herrn Hiesinger zu einer Podiumsdiskussion über Rüstungsproduktion aufforderte, kniff der Vorstandsvorsitzende. Sein Pressesprecher versteckte sich in seiner Antwort hinter dem „Primat der Politik“. In seiner Antwort zählte Herr Sauer vier Regelwerke auf, die den Export von Rüstungsgütern regeln: „Bei jedem Schritt ... wird aufs Neue geprüft, ob dies der politischen Situation im Kundenland angemessen ist“. Erst bei einer konkreten Freigabe der Bundesregierung mache Thyssenkrupp den nächsten Schritt. Wie konnten da die Regierungen von Griechenland und Israel durch Bestechungsskandale in Verbindung mit Thyssenkrupp erschüttert werden?

Gewerkschaftsbürokratie ohne Kapitalismuskritik

Was sind die Gründe dafür, dass Top-Funktionäre der IG Metall eine solch katastrophale Gewerkschaftspolitik wie bei Thyssenkrupp und besonders bei TK-Steel hinlegen? Bestechung oder neoliberale Gehirnwäsche?

Da gab es den ehemalige Hauptkassierer im IG Metall-Vorstand, Bertin Eichler. Als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bekam er von Thyssenkrupp Luxusreisen bezahlt. In Cuba wollte er angeblich Aufzugsgeschäfte vermitteln, nahm aber privat an zahlreichen Veranstaltungen in Havanna teil. In Shanghai besuchte er auf Kosten des Stahlkonzerns ein Formel-1-Rennen²⁹. War das schon Korruption?

Der ehemalige IGM-NRW-Bezirksleiter Oliver Burkhard sitzt seit 1. April 2013 als Arbeitsdirektor im Thyssenkrupp-Konzernvorstand. Vom Geschäftsjahr 2012/13 bis 2017/18 hat er eine Gesamtvergütung von ca. 14,5 Millionen Euro bekommen. So wechselte der Mann die Seiten. Der Übergang war fließend. Für die Thyssenkrupp-Aktionäre ist das Geld gut angelegt. Denn Burkhard ist nicht unser Mann im Aufsichtsrat, sondern der Vertreter des Kapitals in unseren Reihen. Der IG Metall-Multimillionär hätte längst ausgeschlossen werden müssen.

Die katastrophale Politik der IG Metall bei Thyssenkrupp ist nicht auf direkte Korruption von Seiten des Kapitals zurückzuführen. Es gibt andere Gründe: In der Metallzeitung beklagte der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Duisburg: „Wir hatten Träume und Visionen von einer gerechteren Welt. Das ist verloren gegangen“³⁰. Lieskes Worte gelten für viele IGM-Hauptamtliche und IGM-Aufsichtsräte der älteren Generation. Politisch desillusioniert haben sie der neoliberalen Gehirnwäsche in den Aufsichtsräten der Großkonzerne nichts entgegen zu setzen. Aus Träumern und Visionären wurden blasse Co-Manager, die den schlimmsten Angriffen des Kapitals zustimmten. Die paritätische Mitbestimmung im Aufsichtsrat wurde zur Mauer des Schweigens, damit die KollegInnen nichts über Fusionspläne und

29- Der Westen 11.01.2013.

30- Metallzeitung 7/8/2018.

Gespräche erfahren.

IGM-Hauptamtliche, Betriebsbetriebsräte und Aufsichtsräte beherrschen selbst das Einmaleins der bürgerlichen Volkswirtschaft nicht. Wie konnten sie sonst bei Thyssenkrupp den Milliarden-Investitionen in Amerika zustimmen, um kurz vor der 25. Krise des Kapitalismus auf die Erweiterung der Kapazitäten zu setzen? Etwa 12 Milliarden Euro wurden von Thyssenkrupp in den Sumpf gesetzt.

Die Auswahl jüngerer IGM-Bevollmächtigter und Sekretäre ist auch nicht besser. Deren betriebliche Erfahrungen reduzieren sich oft auf wenige Jahre als (freigestellte) Jugendvertreter im Großbetrieb. Angepasst an sozialpartnerschaftlichen Betriebsratsmehrheiten wurden Berufsjugendliche im Schnelldurchgang zu Gewerkschaftskarrieristen.

Die IG Metall hat 2500 Hauptamtliche. Ein 1. Geschäftsführer verdient bis zu 11.000 Euro, der IGM-Vorsitzende bis zu 300.000 Euro. Es handelt sich um eine materiell privilegierte, abgehobene bürokratische Kaste, die weit mehr als das Tarifentgelt eines Facharbeiters bekommt. Ihre eigene soziale Frage hat sie weitgehend gelöst. Klassenbewusstsein hat sie entweder nie gehabt oder nach ein paar Jahren im Apparat verloren; ihre sozialpartnerschaftlichen Vorurteile aber haben sie behalten.

Am 10.06.19 informierte sich NRW-Ministerpräsident Laschet bei Vorstand Kerkhoff und dem IG Metalller Grolms über die Lage bei Thyssenkrupp. Laschet: „Woanders marschieren Gelbwesten auf, um das zu eskalieren. Hier in Deutschland sitzen sie zusammen und erklären dem Ministerpräsidenten ihre Pläne und sagen: ‚Das wird auch Arbeitsplatzverlust bedeuten, das wird möglicherweise auch Werksschließungen bedeuten‘“³¹.

Laschet beschrieb ungewollt die gesellschaftspolitische Funktion der IG Metall-Bürokratie im Kapitalismus: jeden offenen Klassenkampf zu verhindern. Die Gewerkschaftsbürokratie ist voll in den Kapitalismus integriert. Gewerkschaftsbürokraten haben keine ‚zwei Seelen‘ in ihrer Brust, weil sie zum gleichen Thema mal links und mal rechts reden können, sondern sind Unteroffiziere des Kapitals in den Reihen der ArbeiterInnenbewegung.

31- RP 12.10.19

Ist die IG Metall-Führung strukturell rassistisch?

Darf man diese Frage überhaupt stellen? Haben z.B. die Duisburger Gewerkschaften nicht gegen Pegida und NPD vors Stadtheater mobilisiert, eine Konferenz „Nazis und Rassismus wirksam entgegentreten“ veranstaltet und zahllose Gewerkschaftsgremien wie die VKL-Thyssenkrupp für Flüchtlinge gesammelt? Die Gewerkschaften haben viele Mitglieder mit Migrationshintergrund. Gewerkschaften haben mit dem Betriebsverfassungsgesetz dafür gesorgt, dass MigrantInnen im Betrieb die gleichen Rechte wie deutsche Staatsbürger haben.

2013 hatten von 2,25 Millionen Mitgliedern der IG Metall etwa 300.000 einen Migrationshintergrund (13 %), darunter 7000 Betriebsräte und Vertrauensleute. Doch unter 36 Mitgliedern im Vorstand der IG Metall ist augenscheinlich nur ein (!) Migrant. Unter sieben Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstands ist keiner mit Migrationshintergrund.

Im Ruhrgebiet sind dem Augenschein nach unter 16 Hauptamtlichen der IGM Duisburg-Dinslaken, unter den 8 Hauptamtlichen der IGM Essen-Mülheim-Oberhausen, unter den 8 Hauptamtlichen der IGM Gelsenkirchen, unter den 4 Hauptamtlichen in Recklinghausen und unter den 5 Hauptamtlichen der IGM Witten keine MigrantInnen. Nur bei der IGM Bochum-Herne finden sich unter 10 Hauptamtlichen zwei mit Migrationshintergrund; bei der IGM Dortmund ist es eine von 11 Hauptamtlichen. Das nennt man strukturellen Rassismus!

Das Beispiel einer basisdemokratischen Gewerkschaft

Wie eine Gewerkschaft basisdemokratisch organisiert sein kann, zeigt ein Rückblick auf die Ereignisse vor 100 Jahren. Nach der Novemberrevolution 1918 streikten die Bergarbeiter des Ruhrgebiets in immer größeren Streikwellen für soziale Veränderungen. Im April 1919 streikten einen Monat lang drei Viertel der Bergarbeiter des Ruhrgebiets für die 6-Stunden-Schicht unter Tage. Trotz Militäreinsatz konnten sie die 7-Stunden-Schicht unter Tage durchsetzen.

Vorausgegangen waren elf Streikwellen von Sommer 1916 bis Februar 1919. In ihrem einen Monat dauernden Aprilstreik gründeten die Kumpel die neue Gewerkschaft Allgemeine Bergarbeiterunion, die sofort verboten wurde.

Verschiedene in der Illegalität arbeitende Unionen vereinigten sich bis September 1921 zur Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands / Räteorganisation. Bei den Betriebsratswahlen 1922 erhielt die Union 110.000 Stimmen im Vergleich zum sozialdemokratischen BAV mit 148.207 Stimmen und dem Christlichen Gewerkverein mit 80.989 Stimmen. 1924 war die Union mit 118.069 Stimmen stärker als der BAV mit 75.615 Stimmen und der Gewerkverein mit 60.130 Stimmen. Bei Thyssen in Hamborn bekam sie 15 von 23 Betriebsratssitzen.

Die Union vertrat das Modell der Einheitsgewerkschaft, während die ADGB-Gewerkschaften berufsständisch organisiert waren. Die Union der Hand- und Kopfarbeiter hieß nicht nur Räteorganisation. Sie war auch eine. Sie trat ein für die Organisation der Bergarbeiter in Schacht-, Zechen-, Bergrevierräten und einem Zentralzechenrat. In Metall- und Stahlbetrieben ersetzten Werkstattträte die Schachträte. Basisstrukturen der Union waren Mitgliederversammlungen nach Schächten bzw. Fabriken.

Schacht- und Betriebsorganisationen entschieden selbstständig z.B. über Streik. Höhere Instanzen konnten keine Weisungen an untere Gremien erteilen. Die alleine entschieden über Streiks. Außer wenigen Hauptamtlichen in der Zentrale in Gelsenkirchen arbeiteten alle Funktionäre ehrenamtlich. Die Freigestellten bekamen einen durchschnittlichen Arbeiterlohn. Alle Funktionäre waren jederzeit abwählbar. Von einem solch basisdemokratischen Modell könnte die IG Metall einiges lernen. Und nicht zu vergessen: Die Betriebsräte wurden damals nach ihrer gesetzlichen Einsetzung jährlich gewählt.

Veränderung beginnt mit Opposition

Die Stahlindustriellen führen einen hartnäckigen Klassenkampf von oben. Für sie ist jedes Zugeständnis von unten eine Aufforderung zu neuen Angriffen auf Löhne und Arbeitsplätze.

Dem Klassenkampf von oben müssen wir den Klassenkampf von unten entgegensetzen. In NRW malochen 47.000 Stahlarbeiter. Nicht nur bei Thyssenkrupp sind sie von Lohn- und Arbeitsplatzabbau betroffen. Eine Belegschaft ist gegen eine andere ausspielbar. Zusammen sind 47.000 Stahlarbeiter eine Macht.

Aber wofür und wogegen?

Im Dezember 2017 veröffentlichte was tun „10 Punkte gegen Fusion und Ausgliederung“:

1. Wir lehnen Fusion und Ausgliederung nach wie vor ab.
2. Deshalb: Sofortiger Abbruch der Verhandlungen.
3. Hiesinger rausschmeißen! Wer uns 1 1/2 Jahre lang nicht informiert hat, hat bei TK nichts zu suchen.
4. Der TK-Rest-Vorstand hat uns persönlich auf Betriebsversammlungen Rede und Antwort zu stehen.
5. Treff der Betriebsräte, shop stewards, Delegierten von Tata und TKS, um ein gemeinsames Vorgehen bis hin zum Vollstreik zu beraten.
6. Die KollegInnen von HKM werden aufgefordert, den Kampf mit uns gemeinsam zu führen. Keine Vereinbarungen Standort für Standort.
7. Gezielte statt dezentrale Aktionen: z. B. Belagerung der TK-Aktionärsversammlung in Bochum; zentrale Demo in Berlin zur Regierung.
8. Aktionen vor und im Essener HQ zur Solidarisierung mit den angestellten KollegInnen.
9. Große Stahlarbeiterkonferenz des Europäischen Metallgewerkschaftsbunds. Einladung an alle BelegschaftsvertreterInnen und an Delegationen von KollegInnen aus China, Indien und den USA.
10. Diskussion über die Vergesellschaftung der Stahlindustrie.

Wie wir gezeigt haben, tut die IGM-Bürokratie, was sie kann, damit die Macht der StahlarbeiterInnen nicht wirksam wird. Deshalb ist eine klassenkämpferische Opposition in der Belegschaft bei Thyssenkrupp, im Vertrauensleutekörper, im Betriebsrat und in der gesamten IG Metall notwendig. Die Opposition muss anti-kapitalistisch *und* antibürokratisch sein! Für uns beginnt Opposition mit dem Motto Ferdinand Lassalles: „Alle große politische

Action besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit“. Dazu dient u.a. diese Broschüre.

Enteignen statt entlassen!

Jedes Mitglied der IG Metall kann eine weiterführende politische Perspektive in der Satzung der IGM, § 2, Absatz 4 unter „Aufgaben und Ziele“ finden: „Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum“.

Nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg streikten die Berg- und Stahlarbeiter an der Ruhr für die Sozialisierung bzw. Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien. Im Stahlarbeiterstreik 1978/79 forderten die Vertrauensleute von Mannesmann, Thyssen und Krupp die Vergesellschaftung der Stahlindustrie.

Auf der Kundgebung am 11. April 2016 vor Tor 1 wies sogar der damalige Wirtschaftsminister Gabriel darauf hin, wie sinnvoll einst die Verstaatlichung von Salzgitter gewesen ist, um Arbeitsplätze zu retten.

Die Enteignung und Vergesellschaftung der deutschen und europäischen Stahlindustrie unter Kontrolle der Lohnabhängigen bietet eine gemeinsame Klassenperspektive, mit der alle Stahlarbeiter von TK, TataSteel und anderswo für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen können. Was wir unter Enteignung verstehen, haben wir an anderer Stelle dargelegt³².

Enteignung bietet auch die einzige klimapolitische Perspektive. Die Vergesellschaftung von Thyssenkrupp hätte die Entwicklung CO₂-armer Stahltechnologien längst möglich gemacht. Wenn es nach den Planungen des Landes NRW und von Thyssenkrupp im Jahr 2050 endlich CO₂-armen Stahl geben soll, dann sind viele von uns tot und die Klimakatastrophe ist längst da. Wenn Thyssenkrupp, Salzgitter, ArcelorMittal und Voest jeder für sich nach CO₂-armem Stahl forscht, dann kommt dabei wenig heraus.

Würden sie ihre Bereiche Forschung, Entwicklung und Umsetzung zusammenlegen, könnte viel schneller ein Durchbruch erreicht werden.



Chronik

25.02.2014 In Essen vor dem TK-Hauptquartier protestierten 5.000 KollegInnen aller Standorte von TK-Service gegen Stellenabbau und Umstrukturierung.

11.04.2016 Demo vor Tor 1 in Bruckhausen. 9000 Kollegen beteiligten sich. Leider ging es nicht gegen die Fusion.

23.11.2016 Die IG Metall mobilisierte 5000 Stahlkocher gegen verschärfte EU-Klima-Auflagen nach Brüssel. Die Stahlkapitalisten zahlten den Lohn durch.

03.05.2017 Demo in Hüttenheim gegen die Fusion. Die IG Metall mobilisierte nicht die Belegschaft des gegenüberliegenden Hüttenwerkes Krupp Mannesmann und spaltete so die Aktions Einheit. Die Polizei griff auf Aufforderung des Duisburger IGM-Bevollmächtigten Lieske oppositionelle DemonstrantInnen an u.a. zwei linke Mitglieder der VKL-Thyssenkrupp Hamborn.

22.09.2017 7500 Stahlkocher kamen zur Kundgebung nach Bochum. Die CDU durfte reden.

23.11.2017 Die IG Metall demonstrierte in Andernach. Ein wichtiges Stahlwerk und ein schöner, alter Ort. Aus dem „gegen die Fusion“ machte Detlef Wetzler „Nein, aber“. Die Demo war weit vom TK-Hauptquartier entfernt, wo der Aufsichtsrat Entscheidungen fällt. Zufall oder Absicht?

20.12.2017 Eine Delegation von Stahlkochern von Hamborn-Beeckerwerth wurde auf der Betriebsversammlung von Tata-Ijmuiden begeistert empfangen.

21.12.2017 Die IG Metall handelte hinter dem Rücken der Belegschaften ein Separatabkommen mit Thyssenkrupp über die Fusion aus. Das bedeutete Zustimmung zur Fusion.

30.06.2018 Unterzeichnung des Joint Ventures durch Thyssenkrupp und Tata-Steel

10.05.2019 Thyssenkrupp sagt die Fusion mit Tata-Steel und die geplante Konzernaufspaltung ab.

Ende 9/2019 CEVIAN putscht mit Unterstützung der IG Metall den TK-Vorstandsvorsitzenden Kerkhoff weg. Nachfolgerin wird der „Liebling der Finanzinvestoren“ Frau Merz.



WAS TUN bei ThyssenKrupp Steel

<https://www.riruhr.org/was-tun.html>

V.i.S.d.P.: Peter Berens, Holtkampstr. 9, 46145 Oberhausen

Revolutionäre Initiative Ruhrgebiet

© Oktober 2019



www.riruhr.org



info@riruhr.org